

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Abonnementspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Bezug ohne Bestellgebühr monatlich 2.— M., bei Zustellung unter Straßennr. 1.— 111. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postgesetzgebung für 1919 eingetragen.

Interests lesen Sie achtspaltige Anzeigenstellen oder deren Raum 1,20 M., Wochenzeitschriften das vierspaltige Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf., Kreuzungsdruck 10 Proz. Bei Familien- u. Vereinsabonnements stellt der Zuschlag fest. Interests für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition ankommen sein.

Redaktion und Expedition: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19113.
Verleger: Kurt Roden 2895 und 2896.

Inseraten-Abteilung: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19
Verleger: Kurt Roden 2768

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Vor dem Wahlkampf in Frankreich.

Kampfanlage der französischen Sozialisten.

Basel, 12. September.
Die „Gazette“ meldet, stimmte der in Paris abgehaltene Sozialistenkongress mit 14783 gegen 107 Stimmen dem Wahlprogramm von Paris zu, das gleichfalls mit 1168 gegen 183 Stimmen einen Antrag von Braude, durch den jedes Zusammengehen mit den bürgerlichen Parteien ausgeschlossen wird.

Durch seine Zustimmung zum Antrag Braude, der jedes Zusammengehen mit den bürgerlichen Parteien ausschließt, aber noch durch seine Annahme des Pariser Wahlprogramms hat der französische Parteikongress für den bevorstehenden Wahlkampf eine klare ungewandelte Situation geschaffen. Die sozialistische Partei Frankreichs tritt als revolutionäre Massenpartei des Proletariats in den Wahlkampf ein, in ihrer überwiegenden Mehrheit entschlossen, diesen Kampf zur Aufrüttelung und Organisation der proletarischen Massen, zur Anklage gegen die Kriegsparteien, zum Kampf gegen den Versailleser Gewaltfrieden, zur Agitation für die sozialistischen Endziele des Proletariats auszunutzen.

Wir haben bereits in unserer Abendausgabe vom 9. September den wesentlichsten Teil des Pariser Wahlprogramms der sozialistischen Parteimehrheit wiedergegeben. Es sei daran erinnert, daß es in diesem Wahlprogramm heißt: „Wir haben die Partei gegen die bürgerliche Gesellschaft, deren Abschaffung sie verfolgt, eine solche Anklage richten können, wie sie heute zu erheben die Pflicht habe. Das Programm wendet sich gegen den imperialistischen und unversöhnlichen Friedensschluß, gegen die Verlogenheit der feierlichen Versprechungen, die die Bourgeoisie dem französischen Volk gemacht hat, es protestiert in schärfster Weise gegen die Unterdrückungs- und Verfolgungsmaßnahmen während des Krieges, wie gegen die kapitalistische Korruptionswirtschaft, die sich während des Krieges in unerhörter Weise ausgebreitet hat. In der Friedensfrage bestreift das Wahlprogramm die Resolution des letzten französischen Nationalkongresses, wonach der imperialistische Vertrag von den sozialistischen Deputierten in der Kammer verworfen werden soll.“

In klarer und entschiedener Weise zeichnet das Wahlprogramm die innerpolitischen Aufgaben der Partei vor. Es ist ein Zusammengehen mit den bürgerlichen Parteien, kein Kompromiß zur Erhaltung von Stimmen, entscheidende Kampfanlage an die gesamte bürgerliche Welt, — das ist der Inhalt dieses Teiles des französischen Wahlprogramms. Weniger als jemals — heißt es dann weiter — kann die Partei in dieser historischen Stunde, wo der Sozialismus von den Massen kein baldiges Kommen ankündigt, nicht daran denken, in irgendeiner Form eine Taktik auszuüben, die es verhindern würde, öffentlich die Betonung ihrer Ziele und ihres Programms zu verkünden.“

Die französische Partei erwartet weder von dieser noch von einer anderen Wahl den Sieg ihrer Sache, der nur durch die Eroberung der ganzen politischen Macht durch das Proletariat sein kann. Aber sie benutzt diesen Wahlkampf, um die revolutionären Kräfte, die auch im französischen Proletariat mächtig an die Oberfläche drängen, zu sammeln und sie zum Sturm gegen die kapitalistische Herrschaft zu organisieren. Die Revolution hat sie nun offene Wege an, sie erhebt Anklage gegen alle Sünden des Imperialismus und Imperialismus und stellt als Leitfaden ihrer revolutionären Kampf gegen die bürgerliche Gesellschaft auf, an deren Stelle die sozialistische und kommunistische Gesellschaft treten soll.

Dieser Standpunkt der französischen Parteimehrheit, der jetzt die Anerkennung der übermächtigen Mehrheit des Parteikongresses gefunden hat, ist ein Symbol und eine Mahnung. Er zeigt, daß sich drüben in Frankreich die sozialistischen Kräfte regen, die die Liquidation des Versailleser Friedens im Sinne des Sozialismus erstreben; er berechtigt zur Hoffnung, daß die internationale Solidarität des Proletariats auf dem Marsche ist, um an die Stelle des Versailleser Friedens der Bourgeoisie den wahren Völkervertrag zu setzen.

Die Zukunft Oesterreichs.

Wien, 12. September. (Wiener Telegr. Korr.-Bür.)
Wie aus Salzburg gemeldet wird, sprach dort Staatssekretär für die sozialdemokratischen Verammlungen, die auch von den bürgerlichen Parteien besucht waren, über den Friedensvertrag und die Zukunft Oesterreichs. Er erklärte: Der Vertrag von St. Germain ist ein Nacht- und Vergewaltigungsvertrag. Die Völker Oesterreichs wollten diesen Krieg nicht. Be-

schuldete haben ihn die Imperialisten, die Großmächte der Welt und die unfähigen Diplomaten. Hinsichtlich des Anschlusses an Deutschland, den der Vertrag verbietet, erklärte Deutsch die wirtschaftlichen, politischen und nationalen Gründe, die für die Erstrebung des Anschlusses seinerzeit maßgebend waren. Die Anschlußfrage sei übrigens nicht erst anlässlich des Umsturzes aufgelaucht, sondern von den sozialdemokratischen Führern schon vor Jahrzehnten verfochten worden. Die wirtschaftlichen Bedingungen des Vertrages könnten zwar angenommen werden, seien aber nicht erfüllbar. Der Ausbau der neuen Volkswirtschaft sei nicht mehr möglich auf der alten kapitalistischen Basis. Mit der Sozialisierung müsse begonnen werden. Aus all dem Glend der Gegenwart komme man nur durch Arbeit auf der Grundlage demokratischer Methoden heraus. Der Redner forderte zur Arbeit und zur Verteidigung der Republik gegen die Reaktion und monarchistischen Bestrebungen auf. Er drückte die Hoffnung aus, daß auch die Arbeitermassen in den Ententestaaten gegen den Imperialismus bald eine geschlossene Front bilden werden.

Das Auswanderungsproblem in Italien.

Bern, 12. September.
Mitte beriet gestern mit den zuständigen Stellen das Auswanderungsproblem, das für Italien immer dringlicher werde, da eine starke Rückwanderung aus Amerika stattfinden werde. Die meisten Staaten wiesen italienische Auswanderer ab, und Italien habe keine Arbeit für sie. Es stehe daher mit südamerikanischen Staaten wegen der Einwanderung in Verbindung.

Die vorstehende Meldung ist bezeichnend dafür, wie hilflos die Staatsmänner der kapitalistischen Regierungen den durch den Krieg hervorgerufenen Problemen gegenüberüberstehen. Für die italienischen Arbeiter, die früher im Auslande Arbeitsgelegenheit fanden, aber durch den Krieg brotlos wurden, findet die italienische Regierung keinen anderen Ausweg als — die Auswanderung nach Südamerika! Im Lande selbst ist „keine Arbeit“ für sie vorhanden, obwohl bei entsprechender Organisation der Arbeit diese Kräfte dem eigenen Lande erhalten bleiben könnten. Aber der kapitalistische Staat, der hunderte von Milliarden, um den Krieg zu finanzieren und den Lieferanten die Taschen zu füllen, hat kein Geld, wenn es gilt, Arbeitsgelegenheit für die Arbeiter und kulturfördernde produktive Anlagen zu schaffen.

Der Teschener Konflikt.

Vorbereitung einer Volksabstimmung.

Prag, 12. September.
Das Tschechoslowakische Pressbureau meldet: Die Pariser Meldung über die Entscheidung in der Teschener Frage rief allgemeine Enttäuschung und Verwägung hervor. Die tschechische Presse betont die Notwendigkeit, Ruhe und Ernst zu betreiben. Die Regierung möge auch weiterhin in Paris an der Erhaltung des Teschener Gebietes arbeiten. Der tschechoslowakische Nationalrat bereitet ein Manifest an das Volk vor.

„Pravo Lidu“ meldet: Unter Beteiligung der Vorstehenden aller Klubs der Nationalversammlung und unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Tausar fand am Nachmittag ein Ministerrat statt. Als eine gewisse Besserung der Situation sieht man die Entscheidung das Plebiszit betreffend an. Die Entente entschied sich also doch nicht für die direkte Annahme der hauptinstitischen Forderungen der Polen. Weder die Regierung noch die Parteien denken an einen kriegerischen Konflikt mit Polen, aber auch nicht an die Herausgabe Teschens. In der Konferenz wurde über die Vorbereitung des Plebiszits verhandelt.

Konferenz der sozialdemokratischen Parteien der baltischen Staaten.

Mitau, 12. September.
Am 15. September findet in Riga eine Konferenz der sozialdemokratischen Parteien aller baltischen Staaten statt, zu der auch die Vertreter Finnlands und Weißrussland eingeladen sind. Es soll besonders beraten werden über den Zusammenschluß, die Zusammenarbeit, sowie über die Einrichtung einer ständigen Vertretung eines Pressbureaus.

Wie Konrad Haenisch die Hochschulen „reformiert“.

Von Privatdozent Dr. Arthur Rosenberg.

Tretet ein in die Freiwilligenverbände. Schützt das bedrohte Kulturerbe Eurer Väter, rettet Eure eigene Zukunft. Hilf, deutsche Jugend! Schülter an Schülter mit Euren Altersgenossen aus dem Arbeiterstande (1) sollt Ihr jungen Akademiker der Regierung helfen, die Ordnung aufrechtzuerhalten.“ So sprach der preussische Kultusminister Konrad Haenisch im März zu den deutschen Studenten. Dieser Versuch, möglichst viele Studierende in die Truppen Rostkes hineinzubringen, ist bisher die einzige nennenswerte Tat, die der „Sozialdemokrat“ Haenisch auf dem Gebiet unserer Hochschulen vollbracht hat. Dabei schreien die deutschen Universitäten geradezu nach einer völligen Umgestaltung. Bisher war die deutsche Hochschule ein Instrument der kapitalistisch-militaristischen Klasse Herrschaft, so gut wie die Kirche oder die Polizei. Unter hinterlistig ausgeklügeltes Schulsystem machte es den Kindern der armen, proletarischen Bevölkerung in der Regel unmöglich, zu studieren. So blieb der Hochschulbesuch fast durchweg beschränkt auf die Sprößlinge der Bourgeoisie, des Beamtenstandes und gewisser gutgeheuerter Kleinbürgerkreise. Der Hochschulbesuch war aber die Vorbedingung für die Erlangung einer Führerstellung im politischen und wirtschaftlichen Leben. So war es in Deutschland bis zum 9. November, und so ist es noch heute. Doch ein paar sogenannte „Arbeiter“, die Ebert, Bauer usw. sich heute auf Präsidenten- und Ministerstühlen breit machen dürfen, ändert an dieser Tatsache gar nichts. Denn diese guten Leute sind ja weiter nichts als die Puppen in der Hand ihrer akademisch gebildeten Geheime. Die Regierungsräte regieren, und die Präsidenten usw. lassen sich inzwischen in der Hochschule photographieren. Also: das deutsche Proletariat wird nur dann seine Befreiung wirklich durchzuführen können, wenn es auch die Zwingsburg der Hochschulen mit stürmender Hand nimmt.

Eine wirkliche Hochschulreform müßte, um hier nur einige Hauptpunkte hervorzuheben, zunächst die völlige Unentgeltlichkeit des Hochschulbesuchs festlegen. Bedürftigen Studenten müßte der Unterhalt aus öffentlichen Mitteln gewährt werden. Ferner wäre mit den Vorrechten kleiner Professorencliquen in den sogenannten Fakultäten aufzuräumen, die bisher den Haupteinfluß auf die Ernennung neuer Hochschullehrer ausübten. Sodann müßte die ständige Notlage und Rechtslosigkeit beseitigt werden, in der sich die jungen Privatdozenten, die unterste Klasse der Universitätslehrer, befinden. Mit Recht nimmt die Öffentlichkeit warmen Anteil an der Verdrängung der Junglehrer an den Volkshochschulen. Aber gemessen an Einkommen und Rechtsstellung der jungen Privatdozenten ist die Lage der Junglehrer noch geradezu furchtbar, und das will doch viel sagen!

Sogar im preussischen Kultusministerium sieht man allmählich ein, daß an den Universitäten einiges reformbedürftig ist. Aber wie Haenisch selbst in einem ergötzlichen Erlaß vom 17. Mai der Öffentlichkeit mitteilte, beschloß er nach der Revolution, zunächst in der Frage der Hochschulreform — nichts zu tun: „In dem Bestreben, diese wichtige Angelegenheit nicht zu überstürzen (1), habe ich die amtliche Behandlung bis nach Schaffung geschwählter Zustände zurückgestellt.“ — Nebenbei: Hat Herr Haenisch denn schon vergessen, daß er niemals preussischer Minister geworden wäre, wenn die Berliner Proletarier nicht am 9. November vorübergehend den geschwählten Zustand unterbrochen hätten? Endlich — im Mai, nach Rostkes rühmreichen Siegen — kam Haenisch zu der Ueberzeugung, daß in Deutschland die „geschwählten Zustände“ wiederhergestellt seien. Und nun — wird der Leier diesen Reilen vielleicht glauben — tat Haenisch eine Tat! Nein, lieber Leser, da kennst du den Haenisch schlecht! Sondern unser Kultusminister forderte, in dem erwähnten Erlaß vom 17. Mai, die preussischen Hochschulen auf, sie möchten ihm bis zum 1. Juli über allerlei Reformfragen — Bericht erstatten! Soweit steht die Angelegenheit gegenwärtig, im 11. Monat der deutschen Revolution.

In August hat Gaenisch einmal ein Ständchen mit dem Vertreter einer Berliner bürgerlichen Zeitung, Karl Fischer, gehalten. Der Minister erklärte dabei u. a.: Bei dieser Gelegenheit möchte ich auf die allgemeine Unübersichtlichkeit hinweisen, über die Geheimrat Weder eine amtliche Broschüre herausgegeben hat. Die Arbeiten der Reform befinden sich in besten Händen und werden hoffentlich bald Gehegegestalt annehmen. Mit dieser „amtlichen Broschüre“ ist die Schrift „Gedanken zur Hochschulreform“ gemeint, die der Unterstaatssekretär im Kultusministerium, Weder, kürzlich veröffentlicht hat. Uebrigens bezeichnet Weder in seinem Vorwort, im Gegensatz zu Gaenisch, die Arbeit als eine „private Voranstalt“, für die der Verfasser allein die Verantwortung trage. Doch, privat oder nicht privat, die Hauptsache ist, was in der Broschüre steht. Weder persönlich ist ein einsichtiger Mann, und die Kritik, die er in seiner Schrift an dem bisherigen Unversitätsystem übt, ist gar nicht übel. Aber seine praktischen Reformvorschlüsse sind völlig unzureichend. Sollten diese Anregungen einmal in Preußen Gesetz werden, so wäre damit an der alten Kulns unserer Unversitäten das eine oder andere noch geflickt, aber das Haus im ganzen bliebe so baufällig wie bisher.

Das Klassenbewußte Proletariat fordert die Einrichtung von Hochschulen für Arbeiter, damit die Teilnehmer die nötigen Kenntnisse erwerben, die für den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft erforderlich sind. Bei dem üblichen Verfahren der Regierungsklassen arbeitet in Berlin die „Freie Hochschulgemeinde für Proletariat“, zusammen mit dem Vollzugstat, auf dieses Ziel hin, soweit die bestehenden vorhandenen Mittel es gestatten. Und die revolutionäre akademische Jugend Berlins sucht, mit noch beschriebeneren Mitteln, sich neue, freie Lebensgemeinschaften im „Jugendbund Aufbau“ zu schaffen. Die revolutionäre Arbeiterklasse und die revolutionäre Jugend lehnen beide die sogenannte Hochschulreform Gaenischs ab, weil sie keine überlängten Gräber, sondern neues Leben wollen.

Ginge gegen Ludendorff.

Der frühere Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Herr v. Ginge, wendet sich in drei Artikeln der „Politischen Zeitung“ gegen die Darstellung, die der General Ludendorff, der Hauptverantwortliche an Deutschlands Unglück, über die Vorgeschichte des Waffenstillstandes in seinen Kriegserinnerungen und in verschiedenen Presseauslassungen gegeben hat. Ludendorff versucht darin, die Oberste Seeresleitung, und insbesondere seine höchstselbst Person von dem Vorwurf reinzuwaschen, daß sie einen vorzeitigen Frieden hintertrieben hätten. Er behauptet vor allem, daß er schon Mitte August 1918 die diplomatische Leitung aufgerufen habe, den Krieg zu Ende zu bringen, aber sein Ersuchen sei an der Unfähigkeit der deutschen Regierung gescheitert.

Herr v. Ginge erbringt in seinen Darlegungen nun den Nachweis, daß General Ludendorff nicht schon im August, sondern erst Ende September 1918 auf einen schnellen Frieden gedrängt habe. In der Sitzung des Kronrates am 14. August sollte laut Befehl des Kaisers eine „ungeschminkte Bilanz des Weltkrieges“ gezogen werden. Ludendorff hat dem Staatssekretär v. Ginge am Tage vorher die Mitteilung gemacht, daß er an der von ihm noch im Juli vertretenen Auffassung, den Feind in der Offensive endgültig und entscheidend zu schlagen, nach den neuesten Erfahrungen auf militärischem Gebiete nicht mehr festhalten könne. Er hoffte vielmehr, durch eine strategische Defensive den Kriegswillen des Feindes zu lockern und ihn so mächtig zum Frieden zu bringen. In der Sitzung des Kronrates ging Ludendorff aber mit keinem Wort auf die Kriegslage ein. v. Ginge schneit deshalb die militärische Lage an, und Ludendorff hielt es nicht für notwendig, darauf auch nur mit einem Worte zu erwidern. Trotzdem behauptet Ludendorff in seinen Kriegserinnerungen, er habe schon damals auf die Notwendigkeit der Be-

endigung des Krieges durch eine diplomatische Aktion hingewiesen.

Herr v. Ginge erbringt sodann noch eine ganze Reihe weiterer Beweise dafür, daß Ludendorff und die Oberste Seeresleitung vor dem 29. September 1918 nie auf einen schnellen Frieden gedrängt haben. Obwohl Ludendorff über die Kriegslage völlig im klaren war und sich sagen mußte, daß die Gegner zum Frieden nur geneigt werden konnten, wenn Deutschland auf alle Annexionen im Osten und Westen endgültig verzichtete, hat er noch im August an einer verächtlichen Annexion belgischer Gebiete und an einer offenen Annexion polnischer und russischer Gebiete festgehalten.

Aus den Darlegungen Ginges, die sehr sachlich und ruhig gehalten sind, geht mit aller Deutlichkeit das traurige Doppelspiel hervor, das die Oberste Seeresleitung in der Friedensfrage getrieben hat. Es gehört zum System Ludendorffs, daß er über alle Fragen, die die Oberste Seeresleitung kompromittieren, entweder Schweigt, oder die Tatsachen in ihr Gegenteil umzuwenden versucht. Obwohl er seine Hände überall im Spiele hatte, und demnach auch alles mußte, behandelt er in seinen Kriegserinnerungen die für die Oberste Seeresleitung gefährlichen Situationen nur nebenbei, oder er stellt sich etwa mit den Worten: „Ich war überredet“, die in seinem Redewort öfters vorkommen, als der Unschuldige hin.

Herr v. Ginge weist dem General Ludendorff ferner nach, daß er auch von dem Friedensschritt des Grafen Durrant schon am 25. August 1918 unterrichtet worden ist, und nicht erst, wie Ludendorff behauptet, am 9. September. Für all diese Behauptungen will Herr Ginge die „altenkundigen Belege“ erbringen. Leider gesteht er sich mit einer offenen Auslassung über die ganze Vorgeschichte des Friedensangebotes noch nicht heraus. Er schreibt darüber die bezeichnenden Sätze nieder:

Weitere Angaben über die Einleitung zu Friedensschritten vom 14. August 1918 bis 29. September 1918, und über die Ausführung der offiziellen Friedensdemarche vom 11. September bis 28. September 1918 darf ich hier heute nicht machen. Mein persönliches Interesse wäre es, jedoch zu tun. Obere Interessen stehen meinem eigenen Interesse gegenüber. Ich erkenne die höheren Interessen an. Ich hoffe, daß das jetzt noch unerledigte Schweigen in absehbarer Zeit völliger Öffentlichkeit weichen wird.

Daraus ist also zu ersehen, daß auch die von der Regierung herausgegebenen Dokumente über die Vorgeschichte des Waffenstillstandsangebotes noch nicht die volle Wahrheit enthalten. Diese Sätze vor der Wahrheit muß aber endlich überstanden werden, damit die Öffentlichkeit nicht länger durch die literarischen Produkte verstockter Blüher irrefühler wird.

Der englische Gewerkschaftskongress.

Der englische Gewerkschaftskongress findet einen gewaltigen Fortschritt in der politischen Auffassung der englischen Arbeiterklasse. Dies zeigt vor allem die Annäherung über den Antrag des Bergarbeiterführers Smillie, der die Sozialisierung des Bergbaues forderte und seinen Zweifel daran ließ, daß der fortwährende Widerstand der Regierung unter Umständen durch eine „direkte Aktion“, d. h. also durch einen Massenstreik gebrochen werden müsse. Smillies Antrag wurde mit der riesigen Majorität von 440000 gegen 77000 Stimmen angenommen. Ein besonderer Ausschuss wird darüber beraten, welche Art des Vorgehens gewählt werden soll. Nicht minder bemerkenswert ist ein Vorschlag, der die Sozialisierung der Banken fordert.

Dieser noch charakteristischer war die prinzipielle Debatte über den politischen Generalkrieg. Schon von der Gewerkschaft der Wagenearbeiter legte eine Resolution vor, die die wirtschaftliche Aktion in rein politischen Fragen als antidemokratisch bezeichnete. Der Gewerkschaftskongress beschloß jedoch mit 2250000 gegen 2080000

Stimmen die Verwerfung dieser Resolution. Damit hat die englische Arbeiterklasse mit der bisherigen, weitläufig bürgerlich-parlamentarischen Auffassung gebrochen. Wenn auch zunächst nicht zu erwarten ist, daß in England nun etwa sofort der revolutionäre Entscheidungsweg in den Vollbesitz der politischen Macht entbrennen werde, geben diese Beschlüsse doch Zeugnis von der Verschärfung des Klassenkampfes und von der rascheren Radikalisierung der englischen Arbeiterklasse. Waren doch bisher gerade die englischen Gewerkschaften in politischen und sozialistischen Fragen außerordentlich zurückhaltend.

Der Sozialismus hat allen Grund, diesen Fortschritt aufs freudigste zu begrüßen. Kann es doch keinem Zweifel unterliegen, daß die schließliche Entscheidung im Kampf zwischen Kapitalismus und Sozialismus in den entwickelten kapitalistischen Staaten des Westens fallen wird.

Es gehört schon der politische Stumpfheit der „Vorwärts“-Redaktion dazu, an diesen welthistorischen Wendepunkt herumzumäkeln. Die Blätter Angst vor dem politischen Streik verfährt den „Vorwärts“ dazu, mit Benützung darauf hinzuweisen, daß noch eine große Minderheit gegen die Stellung genommen habe, und er schreibt den englischen Sozialisten nach am Werke sind, heißt man aus der Haltung Gabelock Wilsons, der gegen die Verschärfung wegen der schlechteren technischen Verwaltung der Betriebe auftrat.

Dieser Gabelock Wilson ist der bekannte Führer der Seemannsgewerkschaft, der an der Spitze der revolutionären nationalsozialistischen Bewegung stand und einer der schärfsten Sozialistenreformer ist. Er hat auf diesem Kongress gegen die sozialistischen Auffassungen mit den üblichen Phrasenargumenten angeknirscht und die Vorgänge des Kapitalbetriebes angegriffen. Von diesen „Männern und Frauen“ ist der „Vorwärts“ begeistert! Die Dummköpfe und Ignoranten, die jetzt dort schreien, schreien immer noch eine so tödlich reaktionäre, rückwärtsgewandte Bestimmung, daß das Niveau des Blattes heute bereits unter dem irgendeines deutschnationalen Generalangelegers in der Rheinstraße steht.

Amsterdam, 13. September. (W. T. N.)

Der Londoner Korrespondent des Telegraphen meldet, daß die Sitzung des Gewerkschaftskongresses vom 11. September. Tom von den Textarbeitern brachte gegen die direkte Aktion der industriellen Arbeiter gerichteten Antrag ein. Er sagte, er verachte jede Sozialreform, wenn sie unter der Maske einer Sozialreform auftritt. Die Anhänger einer direkten Aktion würden in England etwas Neues einführen. Der Scheitern des Bergarbeiterkongresses habe die direkte Aktion und sollte in Amerika, bei ihrer Anhänger in England eine Sozialregierung einzuführen. Wenn ein Volk keine andere Gelegenheit habe, um seine Opposition gegen die Politik der Regierung zum Ausdruck zu bringen, so sei es zur direkten Aktion berechtigt. Er forderte den Kongress auf, sich für den Tag bereit zu halten, an dem die wachsenden Massen der kapitalistischen Systeme angegriffen würden, und kein neues Prinzip einzuführen, das die Arbeiter daran hindere, Kunde, im großen historischen Zusammenhang aufzutreten. Hierauf richtete ein Vertreter des Bergarbeiterverbandes der Metallarbeiter an den Kongress die Frage, ob die direkte Aktion vorläufig ausgeschlossen werden solle. Die von den Bergarbeitern in Lancashire beantragte, zur Tagesordnung überzugehen. Der Kongress nahm den Antrag mit 225000 gegen 208000 Stimmen an.

Dies bedeutet, daß der Kongress bezüglich der direkten Aktion keine bestimmte Entscheidung treffen wird, und ist dem Korrespondenten des Telegraphen zufolge keineswegs als Sieg der Anhänger der direkten Aktion aufzufassen. Der Telegraphen-Korrespondent der Morning Post meint, die direkte Aktion sei ein endgültiger Beschluß kommen würde, eine Niederlage; dies sei wertig zu der Auffassung, daß das Nichtwahrnehmen gegen die parlamentarische Kommission nicht als ein Ausspruch gegen die direkte Aktion betrachtet werden dürfe.

Der Sohn und die Söhne.

Esenerleben, Dichter der Revolution der Söhne gegen die Väter, des Unkrautes in der Familie, Ernst Deutsch, der bu auf der Bühne dieses Drama mit demselben Geistesdurst, die Not junger Herzen wunderbar ergreifend und anschaulich — sehr auch die bürgerliche Umwelt an!

Gymnasien lassen die Hauptsache, die das alte Regime ihnen und ihren Vätern getrieben hat. Rechnungen, Rechenbücher, Sie wollen in den Schulen ihre Kaiserbilder wiederhaben, unter denen sie, traurige Pantomimen, gekniet wurden. Sie „Sturm und Drang“ löst sich aus in wilden und lebenden Telegrammen an den Kulturminister um Wiederherstellung, die er demütig bedauernd nicht gewähren kann, sonst ganz willfährig allen schwarzweiß-rot gezeichneten Wünschen.

Wo Schüler streiken, wo sie nur unter Kaiserbildern Schulnächte wollen, wolle milde Mahnung. Wo revolutionäre Zeichen, Sehnsucht nach Freiheit, Unabhängigkeit, wird mit Exzessen gequält.

Arbeiterjugend wird niedergebunden, niedergebunden... Wann wird es anders werden — in diesem Deutschland? Wenn es gestohlen ist. Und neuer Wille, neuer Geist und junge Kräfte, die das Alte zerklüften, schaffend die deutsche Erde neu beleben. G. B.

Proletariat.

Was uns Proletariat heißt — was wir darunter verstehen und wollen, das ist ein Umfang von Beziehungen, davon wir nur ein Wort sagen — einen Grundsatz erklären — alles Weitere und Tiefere wendet ihr selbst — denkend dann wissen — denn eben ist schon Proletariat. Wir wollen alles Leben, alles verschaffen, alle Rechte des kapitalistischen Jahrhunderts mit Recht durchsetzen, mit Leben durchpflügen, alle Politik, allen Kampf, alle Freude, alle Geselligkeit — denn auch die ist dumpf und gestillt wie alles andre.

Was heißt Arbeit? Genossen! Arbeit ist uns nicht der Aberglaube der bürgerlichen Welt — Arbeit ist nichts als irgendein gewählter Wert, am stärksten und ungehemmten, — wenn dieser

Wert ursprünglich, elementar, unerschützt notwendig ist; — und von daher wird sie Spiel — Illusion — Wahn — Überlegenheit — was ihr will. Wir aber wollen ihren Anfang wieder — das Wieder — Wille, die Freude der Bewußtheit am Leben und über dem Leben — die echte, aus dem Tiefsten befreite Geste — die Seele des Proletariats! — Was ist aus Kunst geworden im kapitalistischen Jahrhundert? — Eine Sonderfunktion, eine Ware, ein Ding das irgendwo außerhalb des Alltags existiert — ein Ding mit dem Nimbus sonderlich erlebten Lebens — Geheimnisse — aber dies erlebte Leben ist nichts; denn ein der großen Masse vornehmendes und dieses Geheimnis ist ja ein Geheimnis, aber es ist das Geheimnis aller lebendigen Menschen — sofern sie endlich von den Taten ertrunken bleiben, sofern sie das Wunder ihrer Leben endlich entdecken wollen! — Was ist aus den Menschen und ihren Aktionen geworden? — was geblieben ist der Elementar Kampf des Proletariats. Was richtet sich die eigene Schanze auf, als die gegenwärtige Überwindung? — Was macht seine Versammlungen schulmeisterlich, pedantisch — was läßt sein privates Leben zu keinem Neuen, entsprechend seiner großen unerschützt köhnen Weltanschauung kommen? — Genossen! der Kapitalismus, mit seinem Maschinen — Wahn — System, hat nicht nur durch die brutale Funktion der Teufelskinder, die Arbeit von ihrem Inhalt befreit — er hat damit das Leben selbst von seinem Inhalt befreit. Indem er alles spezialisiert — hat er lauter Teufelskinder, lauter Töten — lauter Exzesse geschaffen; den lebendigen All — durchpflügen Menschen, den in jeder Richtung an Leib und Seele zerschmetternden Menschen hat er vernichtet — im Reim gerührt.

Schritt auch noch um. Nicht nur Leben der Vorposten steht ihr auf Schritt und Tritt, auch der Arbeiter ist tapfer — auch ihm — fast jeden Menschen überkommt Angst vor der Rose auf dem Kopf, was er ist und treibt, welchem Teilmechanismus dieser über Welt er dient. Was das ist nur möglich, weil der Inhalt, der Geist fehlt, das Leben in seiner höchsten Bedeutung, um beschaffen alles andere — Politik — Arbeit — Wille nur da ist.

Die Teil — Seele, den Teil — menschen heißt es überleben! Grundhaft durch das Bewußtsein der Erkenntnis dieses Zustandes, der wahrlich nicht unwesentlich ist, als unsere wirtschaftliche Lage, als der Klassenkampf, als irgendeine Notwendigkeit. Keine Trennung ist zwischen all den Dingen. Es ist alles Leben — und es ist alles Kunst — wenn ihr nur wollt, daß es in uns eingibt

— wenn ihr dem ganzen sinnlichen und geistigen Menschen nicht nur immer ein Chambre garnie einräumt, sondern alle Räume der Welt, die ihr befehlen wollt und sollt, öffnet und dem wahren Reichtum der Welt in euch aufschließt. — Das ist Revolution — den Weg dahin will er zeigen helfen, gehen auch ihr ein paar selber. Wer ihr gehen können und wollen, das kann nur der revolutionäre revolutionäre Mensch! Wer ist das, Genossen! Revolutionär sein — das heißt: der Gewohnheit und dem Wohlstand der Revolutionäre — und sei sie die kleinste und bescheidenste, keine Macht — keine Gewalt über sich lassen! Wer sich Revolutionär nennt — und ist das nicht in seiner parteipolitischen Aktion — und ist noch heute gekannt in den Anforderungen an seine Frau, an seine Kinder, und in der seiner Gewohnheit, nicht schon nach Kräften der neuen Welt der neuen Welt, die er mit seiner politischen Aktion erschaffen will, der ist kein Revolutionär! — Wer nicht auf Trümmern sein Bewußtsein revolutioniert und nicht sofort auch um sich herum die Dinge zu gestalten vermag — der ist kein Revolutionär! — den Blick das Wort von der Revolutionierung des Bewußtseins noch eine Phase. Was geht zugrunde in eurem Aktionieren, in euren Frauen — an lebenden, ungewaschenen Kräften, an Leben, an Material für eine neue proletarische Kultur! — Kun wissen wir wohl, daß diese Dinge nicht eher möglich sind, wenn anders werden können, ehe man nicht all die lächerlichen hundert Millionen Rockefeller und Rockefeller aus den kapitalistischen Häusern herausgeschmissen haben wird, ehe man nicht die Kosten und Steuern im großen — und das sind die im Reichtum — bekämpft; aber schon das Bewußtsein über diese Dinge, schon die Gewerkschaft an Stelle der Leben Gewohnheit — wäre revolutionär! — Und die keine Scher der wahren Revolutionäre, in jeder Zeit und in dieser Zeit, die weiterlebenden Elemente der Revolutionäre, die die anderen führen, mitreisen soll, die den anderen ihr Vermögen, ihr Gesetz, ihre Signale, ihre Diktator aufzugeben soll; die allen anderen zeigen und demselben soll, um was es geht und daß es um den Menschen und um nichts anderes geht — sie allerdings sollte die Pflicht haben, das zu leben, das zu gestalten, was als Idee, als Kampf, als Kunst und Wissenschaft einer Welt schon im Gehirn des Proletariats existiert. Die Taten und auf! Denn sie sind die Voraussetzungen des Revolutionären und zu dem, was wir hier Proletariat nennen. Denn wir wollen doch nicht den Stuhl des Bürgerturns erben; — ehe wir ein fertiges Fertigsein, noch seine Kosten, noch seine Kosten

Die Prozedur vor dem Münchener "Vollgericht".

Was München wird uns geschrieben: Die bei der Verhandlung in dem Prozeß wegen der Freigabe der Münchener Briefen, der zur Zeit vor dem Münchener Vollgericht verhandelt wird, ist eine derartige alles Recht und Gesetz verletzende, daß es unbedingt erforderlich ist, schon während der Verhandlungen noch anzuhören, bis durch die teilnehmenden Bericht der bürgerlichen und sozialistischen Parteien vollkommenen faßlich und verständliche Öffentlichkeit über die wahren dort herrschenden Zustände aufzuklären. Es soll hier nicht die Schuld oder Anschuld der einzelnen Angeklagten erörtert, sondern nur darauf hingewiesen werden, in welcher aufgeschlossener Weise dieser Prozeß zugunsten der Angeklagten geführt wird.

Schon der Name "Vollgericht" ist nur dazu angesetzt, bei dem einen vollkommenen faßliche Verhandlungen zu erwecken. In Wirklichkeit ist dieses Gericht eine angeblich öffentliche Verhandlung der außerordentlichen Staatsgerichte, an deren Stelle es getreten ist. Die drei Vorsitzenden des Staatsgerichts sind kein "Vollgericht" durch drei von den Behörden ausgesetzte Mitglieder erreicht werden, die im Gegensatz zu den Offizieren sich nicht genommen, auch nur anzunehmen.

Sobald es das Verfahren bei diesen Vollgerichten vollkommen der Billigkeit des Vorsitzenden überlassen, und macht der Vorsitzende im Vollprozeß, Oberlandesgerichtsrat Kull, der als der höchste Richter von München bekannt ist, von seinen Richtern nicht nur den schrankenlossten Gebrauch, sondern schließt sich er zum Richter der Angeklagten noch weit darüber hinaus.

Das Urteil ist offenbar für diesen Mann schon längst fertig. Bei er doch gleich im Beginn des Prozesses auf eine Bemerkung der Angeklagten diesem zu: "Wer Menschenleben zu vernichten, das ist kein Mensch!" Hier gibt der Vorsitzende also deutlich zu erkennen, daß es von vornherein die Überzeugung hat, die Angeklagten sind des Mordes schuldig, während ein gerechter und unparteilicher Richter sich doch gerade erst durch die Verhandlung von der Schuld oder Unschuld der Angeklagten überzeugen lassen soll. Folgende bezugsnehmende Vorfälle, die mit einer Unschuld unter vielen davorstehen, zeigen weiter die ganze Art, wie dieser Vorsitzende sein Amt ausübt.

Obwohl für sämtliche Angeklagte die Verteidigung eine notwendige ist, eröffnete eines Tages der Vorsitzende ruhig die Verhandlung, trotzdem die Anwälte einer großen Zahl der Angeklagten noch gar nicht erschienen waren. Einen Hinweis darauf beachte er überhaupt nicht.

Der Wunsch der Verteidigung, an die Angeklagten die Rechte bringen zu dürfen, wurde vom Vorsitzenden in der höchsten Weise abgelehnt. Als aber der Staatsanwalt die Rechte bringen an Angeklagte richtete, hatte der Vorsitzende nicht das geringste eingewandt.

Auf eine Frage des Staatsanwalts die die Anwälte an einen Zeugen forderte der Vorsitzende den Zeugen schnell auf, sich durch "Zugzwang" doch nur nicht beeinflussen zu lassen. In Wirklichkeit liegt hier eine ganz unerhörte Beeinflussung des Zeugen durch den Vorsitzenden. Solche Beeinflussungen von Zeugen läßt der Herr sich überhaupt häufiger zuwenden kommen. Wenn ihm eine Aufgabe nicht im Augenblick ausfällt, so erklärt er plötzlich, der Zeuge habe irgendwann einmal etwas anderes ausgesagt, er besitze irgendwelche Protokolle oder gar bloße Briefe oder Briefchen, was freigelegt werden soll, und von denen weder ein Wort berichtet noch ein Mensch weiß, woher sie kommen, und erklärt dann kurz und bündig dem eingeschickerten Zeugen, er solle also das und das sagen.

Als der Zeuge standhaft sich weigert, sein Verhalten bei der Vernehmung seiner Zeugen bezeugen zu werden, die erkläre, sie würden den religiösen Zeugnissen der Strafprozedur nicht zustimmen. Obwohl die Verteidiger die Bestimmung der neuen Reichsverfassung verlesen, in der es ausdrücklich heißt, daß kein Mensch gezwungen werden könne, einen religiösen Eid zu leisten, wurden beide Zeugen zu der Bescheidene durch wegen "Eidverweigerung" zu der höchsten zulässigen Geldstrafe von dreihundert Mark verurteilt. Die Aufforderung der Verteidigung, diesen Verurteilten beizuhelfen, wurde noch nicht einmal einer Antwort gegönnt. Dieser Verurteilung zeigte im übrigen deutlich, daß die Richter nicht wollen alles überwinden, was von da kommt — alles, was nicht: Herz des Menschen einmal noch helfen kann. Wir wollen unsere Angelegenheiten, unsere Liebe, unsere Hoffnungen, unsere Leidenschaftliche herinbringen und einen intelligenten überlegen. Wir wollen keine Fesseln, für die man kein Recht hat. Freiheit soll und wird nicht Knechtschaft und Verlust von Freiheit und Recht bedeuten, sondern Zukunft, Rührung, Stolz und Würde für den Augenblick, wenn es Zeit ist, mit dem Richter zu verhandeln. Und glaubt ihr nicht, daß es Zeit sei, daß das Prozedere aufgehoben wird und daß seine Kultur beginnt, und alle seine Organisationen und Aktionen auf den Feiern des Selbstbestimmungs und revolutionäre. Das es zu seinem ungeheuren Verschandeln alle Mittel gewinnen müsse, und das Maßnahmen, die nicht möglich werden müssen gegen einen solchen gewissen Geist und gegen einen solchen Kult — gegen die unterste menschliche Gewissen über das Sozialistische — das Vergiftungen macht gegen einen so durchdringlichen Körper und Seele. — Aber auf die Durchdringung kommt es an — das ist Prozedere — und es ist uns "Prozedere" mehr — d. h. laßt uns unerschrocken werden.

Einige Tage — wir wollen alles überwinden, was von da kommt — alles, was nicht: Herz des Menschen einmal noch helfen kann. Wir wollen unsere Angelegenheiten, unsere Liebe, unsere Hoffnungen, unsere Leidenschaftliche herinbringen und einen intelligenten überlegen. Wir wollen keine Fesseln, für die man kein Recht hat. Freiheit soll und wird nicht Knechtschaft und Verlust von Freiheit und Recht bedeuten, sondern Zukunft, Rührung, Stolz und Würde für den Augenblick, wenn es Zeit ist, mit dem Richter zu verhandeln. Und glaubt ihr nicht, daß es Zeit sei, daß das Prozedere aufgehoben wird und daß seine Kultur beginnt, und alle seine Organisationen und Aktionen auf den Feiern des Selbstbestimmungs und revolutionäre. Das es zu seinem ungeheuren Verschandeln alle Mittel gewinnen müsse, und das Maßnahmen, die nicht möglich werden müssen gegen einen solchen gewissen Geist und gegen einen solchen Kult — gegen die unterste menschliche Gewissen über das Sozialistische — das Vergiftungen macht gegen einen so durchdringlichen Körper und Seele. — Aber auf die Durchdringung kommt es an — das ist Prozedere — und es ist uns "Prozedere" mehr — d. h. laßt uns unerschrocken werden.

"Kulturstunden". 1. Veranstaltung der revolutionären Jugend, am 1. September 1919, nachmittags 4 Uhr. Vorträge der Freiheit und Arbeit, vorgelesen von Fritz Teufel und H. G. Weirauch. Jugendvereine und Betriebsvereine, welche eine eigene Kassenkarte besitzen, werden um die "Kulturstunden" 23. 25. werden. Karten sind im Verbandsbüreau der U. S. P. D., Schillerstr. 5, und in der Expedition der "Freiheit" erhältlich.

"Die Sozialisten", ein politisches Jugendstück in 4 Akten von Ludwig Kubiner, das während der Arbeit vollendet, als Programm unserer Generation das geistige Ringen der heutigen Welt um die Frage bringt, erscheint als erster Band der Dramenreihe "Der dramatische Akt" des Verlags und Bühnenvereins des Arbeitervereins, Schillerstr. 5, München.

Eine Kunstausstellung "Das Feld" wurde in den Räumen der Angewandten Kunst, Kurfürstendamm Nr. 111, eröffnet. (Gemälde, Skulptur, Plastik.) Geöffnet täglich von 10-5 Uhr.

Auf der 72. Sturm-Ausstellung September werden expressionistische Gemälde von Greta Paade und Hans

welchen Einfluß die drei Zeilenrichter auf die Entscheidung des Gerichts haben, dann der letzte der Angeklagten Vorkämpfer hatte die Ehre, die aus dem Gerichtssaal in das Vorzimmer gehen, noch nicht hinter sich geschoben, als der Vorsitzende bereits wieder in den Gerichtssaal eintrat, so daß von einer Besetzung natürlich gar keine Rede gewesen sein kann. Solche Abwertung des Publikums findet bei diesem Vorgang überhaupt nicht beachtet zu sein. Es ist doch derselbe, der aus Vorsitzenden in dem Hauptprozessprozeß gegen Krolow gewesen ist, und der hier nach einer vollständigen Beratung das etwa sechs kräftige Aktenblätter füllende Urteil in genau 20 Minuten verlas. Wie es für das Gericht möglich gewesen sein soll, ein Urteil, dessen unumkehrbare Verlesung 20 Minuten dauert, in 30 Minuten zu verlesen und vollkommen niederzuschreiben das wird wohl wenig das Geheimnis des Oberlandesgerichtsrats Kull bleiben.

Offizieller Kontakt vor den Pogromisten.

Der "Deutschen Tageszeitung" geht es fast wider den Strich, daß in der letzten Zeit die Beziehungen gegen eine Anzahl von Stellen vorgehen, die offensichtlich Pogromische betreiben und zu Gewaltthatigkeiten auffordern. Die "D. T." erklärt hierin, daß die antisemitische Agitation in völlig geschlossenen Bahnen erfolge, daß Gewaltthatigkeiten niemals von dem Antisemiten, sondern stets nur von den Juden ausgehen (S) und daß besonders in Berlin nicht etwa ein antisemitischer, sondern gerade ein jüdischer Terrorismus bestünde. Daher sei das beherrschende Element gegen die antisemitische Propaganda eine ganz ungeschickliche Ausnahmebehandlung einer verhältnismäßigen Agitation.

Das es kommt noch besser: Das Blatt hat sogar herausgefunden, daß im Auswärtigen Amt eine "besondere jüdische Abteilung" eingerichtet worden ist, die sich herausgenommen haben soll, einen Bericht über die antisemitische Bewegung anzuarbeiten. Jedenfalls wisse das deutsche Volk jetzt, so ruft das Pogromblatt aus, womit sich unser Auswärtiges Amt beschäftigt.

Auf diese Fälschung beruft die "Deutsche Allgemeine Zeitung" sich, pflichtschuldigst in einem offiziellen Dokument zu veröffentlichen, daß der Bericht über die antisemitische Bewegung lediglich nicht vom Auswärtigen Amt stammt, sondern daß er diesem nur von privater Seite zugegangen sei. Auch habe das Auswärtige Amt den Bericht nur deshalb dem Auswärtigen Amt übergeben, weil der Bericht darauf aufmerksam mache, daß die antisemitische Propaganda einen ungünstigen Einfluß auf unsere auswärtigen Beziehungen zu äußern beginnt.

Was allein wegen des unglücklichen Einflusses auf die auswärtigen Beziehungen in diesem Bericht Wert beigemessen werden! Daß die jüdischen verheerenden antisemitische Propaganda vor allem im Innern des Landes die demoralisierbare Wirkung zeitigt, die niedrigen Instanzen aufschreit und die Verlegung der monarchistischen Gegenrevolution deutet, das spielt offenbar für das Regierungswesen keine Rolle.

Auf der Suche nach dem richtigen Wahlsystem.

Wir hatten in unserer gestrigen Abendausgabe von der Wählung der "Polischen Zeitung" Kenntnis genommen, daß eine Kombination zwischen dem Verhältniswahlsystem und dem Verhältniswahlrecht vorgezogen werde. Das Reichsministerium des Innern fällt nun der "Polischen Zeitung" mit, daß diese Lösung ausgeschlossen sei, da nach Artikel 22 der Reichsverfassung das Wahlrecht, nach dem Grundgedanken der Verhältniswahl, aufgeführt werden müsse. Wir nehmen das Ministerium beim Wort und erwarten, daß es sich auch des Versuches enthalten werde, durch allerhand künstliche Auslegungskunststücke diese Verfassungsbestimmung zu umgehen.

Gegen den Gewaltfrieden.

Kampfer, 12. September. "Times" meldet aus Rom, daß die Arbeiterbewegungen, die Sozialisten und die katholischen Mitglieder der Kammerkommission gegen die Ratifizierung des Friedensvertrages sind.

Eitlig geschl. Bremer Bilder von Kandinsky, Marc Chagall, Gleizes, Fernand Lévy, Fritz Glucksmann, Rudolf Steiner

Am Mittwoch, den 17. September, abends 10 Uhr werden in der Kunstausstellung der Sturm expressionistische Dichtungen von August Stramm und Erling von Pawlitzky durch Rudolf Blümmel vorgelesen.

Bei Paul Cassirer ist eine umfangreiche Sammlung von Arbeiten Carl Hofers erschienen.

Dr. Wolf Beine spricht am 27. September und am 11. Oktober, abends 8 Uhr, im Hofsaal des Kunstgewerbemuseums, Praterstr. 2, über "Expressionismus in bildender Kunst und Dichtung" (mit Bildbeispielen, Karten à 60 Pf., in den Hofsaal der Freien Volksbühne).

Am Sonntag, den 21. September 1919, mittags 11 Uhr, findet im Germaniahaus eine Akademie statt. Vorträge: Ullrich Wehler (Deutsches Opernhaus, Charlottenburg), Alfred Richter (Hölle), Walter Grotz (Modert). Programm: Alle Wehler.

Das Eden-Theater in der Alten Jakobstraße, welches den Berliner als das ehemalige Theater-Theater bekannt ist, wird von Victor Posander in diesem Monat in einer neuen Form als Revue- und Operettenbühne wieder eröffnet. Als Eröffnungskavalett wird die Revue: U. S. P. von Dr. Leo Bergiger und Alfred Berg gegeben, mit Musik von Victor Hollander. Künstlerischer Beirat des Unternehmens: Dr. Dr. Martin Beck. Die neue Spielbühne ist von den Herren Beck und Posander nicht schon mehr als genug Operetten-Theater hätte. Auch hier wird erst Proletariat Wandel schaffen.

Wichtig gegen Augenkrankheiten. Die Welt nicht nur als Krankheitsmittel, sondern auch als Heilmittel zu gebrauchen, ist erst der neuesten Entwicklung der Heilkunde vorbehalten geblieben. Nach einem Bericht von Dr. Bernaud vor der medizinischen Gesellschaft in Wien haben sich Untersuchungen besonders bei Augenkrankheiten bewährt, und zwar bei verschiedenen Leiden, insbesondere bei manchen Formen der Hornhautentzündung, auch bei Entzündungen der Regenbogenhaut und der Aderhaut. Bei der letztgenannten Krankheit trat besonders eine Besserung bei Beobachtung durch die Einwirkung hervor. Wahrscheinlich ist die Möglichkeit des Erfolges nicht einmal auf diese Augenkrankheiten beschränkt. Nach den Erfahrungen heißt sich übrigens immer ein Fieber ein, das von den Vergiftungen auch als Mittelheiler bezeichnet worden ist, aber nur einige Stunden andauert und meist gar nicht

Gewerkschaftliches.

Graphischer Industrieverband und Arbeitslosen.

In einer kombinierten Delegierten-Versammlung der Graphischen Industrie, hielt Grafmann einen Vortrag über die Lage der Arbeiter in der Industrie zu großen Fortschritten erreicht hat, zu dem Zweck der Erregung der zu hohen Lohnforderungen, so ist es dringend notwendig, große Industriebetriebe zu schaffen, die Lohnforderungen werden die Grenze gegenwärtiger ausgeliefert. Das sozialistische Bündnis hat solche großen, leistungsstarken Betriebe vor. Die Wirkung in den Betrieben muß geändert, und mit Anstellung und Fortbildungsmöglichkeiten ausgestattet werden. Wie Grafmann der Delegiertenversammlung und rufen alle Gewerkschaften zur regen Agitation für den Industrieverband auf. In der Debatte wurden von Grafmann (S. P. D.) die verschiedenen Ausführungen des Referenten unterzogen, und die Schuld, daß wir noch nicht so weit sind, den Ausländern zuzuschreiben. Grafmann (S. P. D.), wendet sich nur gegen die politische Spaltung der Arbeiter und zeigt an dem Beispiel der Reichsbank, was man jetzt schon durch Einigkeit durchsetzen kann. Grafmann (S. P. D.) kritisiert den Versuch zum Reichsbankgesetz, in dem den Arbeitern die Rolle der Arbeiter im Interesse der Unternehmungen zugunsten wird. Es heißt das volle Selbstbestimmungsrecht bei Einfließen und Entlohnung. Die Einigungsbestrebungen in der Partei müssen darum höher sein, weil die höchsten Lohnforderungen das Hauptziel sind und die Beschäftigten den Beschäftigten und verstanden helfen. Nachdem noch mehrere Kollegen sich im gleichen Sinne ausgesprochen, wurde eine Resolution angenommen, welche alle Schritte der Opposition begrüßt und bedauert, welche zum Zweck des Informationsaustausch zum graphischen Industrieverband unternommen werden.

Arbeitslose Steinbecker wollen Arbeit.

Auf dem Arbeitslosenmarkt vermehrt sich die Zahl der arbeitslosen Steinbecker. Das ist um demselben Grund, weil er der Herbstzeit gewöhnlich Hochkonjunktur im Steinbeckermarkt und im Winter die hohe Saison eintritt. Wenn man jetzt keine Arbeit für Steinbecker vorhanden ist, was soll das erst im Winter werden! Und wir fragen: Ist wirklich keine Arbeit für Steinbecker vorhanden? Diese Frage muß unbedingt bejaht werden. Man achte einmal genau auf den Zustand der Arbeiterbewegung und des Steinbeckermarktes. Man braucht gar nicht an Reparaturarbeiten zu denken, sondern nur an Reparaturen und an Umstellungen. Die Handwerke müssen die schlechten Vorarbeiten in den Werkstätten hinaus bringen, und wenn sie das nicht tun, kann die Reparaturarbeit nicht ausfallen und auf ihre Kosten die Reparaturen bezahlen lassen. In vielen Stücken, neben Steinbeckerarbeiten, sieht es schlimm aus. Arbeit ist also für Steinbecker da. Material bedarf es bei Umstellungen nicht allem, und auch für Reparaturen sind Holz und Eisen da. Es liegt also nur daran, daß jemand von Reparatur neue Mittel beschafft werden, oder es ist jetzt Zeit zu verbessern. Die Arbeiter lassen auf Arbeit, sie wollen keine Arbeitslosenunterstützung.

Zur Arbeitslosen.

Das Flugblatt "Rolle der Berliner Arbeiterbewegung" ist nicht nur Zustimmung der revolutionären Elemente und Vertrauensleute sowie der revolutionären Betriebsorganisationen und den vier Mitgliedern der Kammerkommission verbreitet worden. Berlin, Müllers.

Groß-Berlin.

Gehet die Ofen und Kochherde nach!

Zahlreiche Ofen und Kochmaschinen befinden sich infolge der wirtschaftlichen Verhältnisse und des Arbeitermangels während der Kriegszeit in einem laienhaften Zustand. Von Ofen und Kochherden sieht man ihre Türen nicht an. Erst die Unternehmung durch einen sachkundigen Techniker wie Wölfe und Föhler aufzeigen, die in ihrer Verantwortung der Hausfrau viel Ärger bereitet haben.

Auch das allgemeine wirtschaftliche Interesse erfordert eine gründliche Reparatur der beschädigten Kochherde und Ofen. Wir haben im kommenden Winter mit einer Kohlennot zu rechnen. Jeder unnütze Verbrauch von Kohle muß verhindert werden. Unbrennende Ofen und Kochherde quälen nicht nur den Mieter, sondern lassen auch viel Wärme ungenutzt entweichen. Reparaturbedürftige Herde erhöhen auch die Feuergefahr.

Die Ofen und Kochherde müssen vor allem dicht sein und am Rauchrohr und der Heizröhre dicht schließen. Außerdem ist für guten Zug in den Ofen zu sorgen, um ein kühles Brennen zu ermöglichen. Die Füge müssen von Holz und Holzstücke frei sein, sie hindern eine Übertragung der Wärme auf die Kochwand. Bei alten Ofen mit untauglichen kleinen Feuerungsräumen sollten diese verkleist werden, wodurch eine wesentliche Ersparnis von Brennstoffen erzielt wird. Bei Kochherden ist auf den Feuerungsraum und die Rostlage zu achten.

Die Hauseigentümer haben selbst eine hohe Interesse daran, die Feuerungsanlagen auf ihren Grundstücken alljährlich vor Beginn der Heizzeit sorgfältig zu untersuchen und nötigenfalls ausbessern zu lassen. Dadurch würde die Lebensfähigkeit dieser Anlagen wesentlich erhöht und größere kostspieligere Reparaturen können vermieden. Natürlich haben auch die Mieter ein starkes Interesse an gut funktionierenden Ofen und Kochherden. Ein tüchtiger Ofen, der trotz wärmerer Behandlung und hervorragendem Streichen keine Wärme von sich gibt, reizt zum Mißbehagen. Dazu kommt, daß besonders die Mieter auf recht rationelle Anwendung der Kohle im kommenden Winter angewiesen sind.

Lesen Sie den Revolutionsroman von L. ANDREJEW Sschaschka Schegulow in der Illustrierten Wochenschrift der U. S. P. D. FREIE WELT Preis 20 Pfennig Bei jedem Zeitungverkäufer zu haben

Sie sollten darum auf die Hauswirte einwirken, daß die...
Jahreszeit, von einem fachkundigen Lötger durchgesehen und,
denn nötig, repariert werden.

Das Mietrecht der Kriegsgesellschaften.

Zur Frage der Umquartierung der Kriegsgesellschaften wird
dem Wohlfahrtsministerium mitgeteilt: Die in Berliner
Blättern gegen die letzte Veröffentlichung des Wohlfahrts-
ministeriums geäußerte Ansicht, die dem Magistrat Berlin erteilte Er-
mächtigung erstreckt sich nur auf diejenigen Räume, die die
Kriegsgesellschaften freiwillig räumen wollen, ist unzutreffend.
Die Ermächtigung erstreckt sich vielmehr auf alle von Kriegsgesell-
schaften benutzten Räume. Einer Kündigung dieser Räume
durch die Kriegsgesellschaften, wie in der Presse angenommen
wird, bedarf es zur Beschlagnahme überhaupt
nicht. Weiter wird in einem anderen Berliner Blatt ausgeführt,
daß der Magistrat auf Grund der erteilten Ermächtigung zwar
das Recht habe, die Kriegsgesellschaften zu exmitieren, diesen aber
andere Räume zuweisen müsse. Letzteres könne nicht der Magi-
strat, sondern nur das Wohlfahrtsministerium tun. Auch dieser
Einwand ist unzutreffend. Weder dem Wohlfahrtsministerium,
noch irgendeinem anderen Ministerium, wohl aber dem Magi-
strat Berlin steht auf Grund der ihm erteilten Ermächtigungen
ein Beschlagnahmerecht auf alle Arten von
Räumen zu. Auf Grund dieses Rechtes wird der Magistrat,
falls die ihm anempfohlenen gütlichen Verhandlungen nicht zum
Erfolg führen, die Unterbringung der Kriegsgesellschaften fest-
setzen können.

Wenn der Berliner Magistrat der Auffassung ist, daß ihm ein
Beschlagnahmerecht auf alle Arten von Räumen zusteht, warum
greift er dann nicht durch? Wozu denn die Auseinandersetzungen?
Er sollte es darauf ankommen lassen. Der Worte sind genug
gewechselt, laßt uns nun endlich Taten sehen!

Schon wieder ein Mord.

Ein geheimnisvoller Mord wurde heute morgen im äußersten
Norden der Stadt, unmittelbar an der Bankower Weichbildgrenze,
auf einem Laubengrundstück entdeckt. Dort liegt an der Schönhauser
Allee und der Bismarckstraße in der Nähe der Lindenbrücke ein
größeres Laubengrundstück. In einem Gange dieser Kolonie fand
ein Wächter heute früh gegen 4 Uhr einen jungen Mann tot
dallend. Er hatte eine Schußverletzung am Kopf und wie sich
weiter ergab, auch in der Brust. Der Wächter benachrichtigte die
Medizinalpolizei. Sie stellte fest, daß eine Schußwunde bei der Leiche
nicht vorhanden war. Dieser Umstand und die doppelte Ver-
letzung an der Brust und am Kopfe ließ mit Gewißheit darauf
schließen, daß der Mann nicht selbst Hand an sich gelegt hat,
sondern das Opfer eines Verbrechens geworden ist. Auf die Ver-
letzung der Medizinalpolizei erschien dann auch bald die Kriminalkommission
der Kriminalpolizei. Der Tote wurde feststellt als ein 22 Jahre
alter aus Prenzlau in Pommern gebürtiger Apotheker Otto Lampu,
der in der Neuen Friedrichstraße 80 ein möbliertes Zimmer
bewohnte. Der Befund an Ort und Stelle deutet darauf hin, daß
Lampu nicht in der Laubengrundstücke, sondern anderwärts ermordet
worden ist und daß der Mörder erst seine Leiche irgendwo nach
der entlegenen Gegend geschafft haben, um sie dort auf dem
Laubengrundstücke zu verbergen. Eine Militärpatrouille hat in
früher Morgenstunden in der Gegend einen Kraftwagen gesehen,
der mit sechs Personen besetzt war. Die sofort aufgenommenen
Ermittlungen richteten sich auch darauf, ob die Leiche des Er-
mordeten vielleicht mit diesem Wagen nach der Fundstelle ge-
schafft worden ist. Diese wurde mit der Umgebung und der Leiche
vom Erkennungsdienst photographiert. Ob ein Raubmord oder

ein Verbrechen aus anderen Beweggründen vorliegt, bedarf noch
der Feststellung.

Wegen die Lebensmittelhändler, die am Mittwoch ihre Läden
schließen wollen, um ihren Protest gegen die Zwangswirtschaft
um so nachdrücklicher zu gestalten, erläßt die Arbeitsgemeinschaft
der Arbeiterräte beim Magistrat folgenden Aufruf an die Ber-
liner Bevölkerung: Die Inhaber von Berliner Ladengeschäften
beabsichtigen, um ihrer Forderung auf Aufhebung der Zwangs-
wirtschaft nachdruck zu verleihen, am 17. d. M. zu demonstrieren
und von 10-4 Uhr die Läden zu schließen. Wir fordern die
Berliner Bevölkerung auf, solche Inhaber von Ladengeschäften,
die am genannten Tage ihre Läden schließen, zu boykottieren;
im Interesse der Aufrechterhaltung der ordnungsmäßigen Be-
lieferung mit Lebensmitteln ist die gebundene Wirtschaft unbedin-
gung notwendig.

Umwechslung von Oberfisch. Zur Klärung über die
Bestimmungen, unter welchen Umständen 2000 R. übersteigende
Beträge einzuwecheln werden, amlich darauf hingewiesen,
daß die Darlehnstasse Ost, Berlin W 10, Corneliustr. 5, und
die Hauptwechsellade in Königsberg, Vorder Poststr. 81, die
Oberfischbeträge in jeder Höhe einzuwecheln, wenn nachgewiesen
wird, daß es sich um den Gegenwert für nach dem früheren
Oberfischgebiet exportierte deutsche Waren handelt. Falls es sich
um den Verkauf ausländischer Waren handelt, soll vor Abschluß
des Geschäfts die Genehmigung zur Umwechslung eingeholt
werden. Schließlich können alle Einwanderer aus dem besetzten
Gebiet die für den Erwerb von Eigentumsverhältnissen oder den Lebens-
unterhalt erforderlichen Geldmengen hier einwechseln. Die zur
Umwechslung angebotenen Beträge dürfen nach wie vor durch
Vermittlung der Banken eingewechselt werden.

Zwischen Trittbrett und Bahnsteigswelle totgeschlagen wurde
gestern der 44 Jahre alte Kaufmann Theodor Sielge aus der
Georg-Weidenhof-Straße 10 zu Steglitz. Der Mann kam
abends kurz vor 10 Uhr mit dem Straßender Jute auf dem
Stettiner Bahnhof an. Noch bevor der Zug hielt, öffnete er die
Tür des Abteils. Dabei fiel er so unglücklich hinaus, daß er
zwischen das Trittbrett und die Bahnsteigswelle geriet. Der Zug
schleifte ihn noch ungefähr 10 Meter weit mit. Der Unglückliche
erlitt dabei so schwere Quetschungen, daß er schon auf der Hülfs-
wache in der Eichendorffstraße starb.

Eine amliche Stelle zur unentgeltlichen Aufbewahrung leih-
williger Anordnungen der Feuerbestattung befindet im Friedhof-
bureau, Rathaus, Zimmer 104. Der Leiter erhält einen Hinter-
legungschein, gegen dessen Rückgabe ihm die Urkunde wieder
ausgehändigt wird. Im Todesfalle erhält der Inhaber des Hinter-
legungscheines nach Vorlegung der Sterbeurkunde die Er-
klärung zur weiteren Veranlassung oder auf Wunsch direkt das
zuständige Polizeirevier.

Verhoppelung der Fernspreckgebühren. Die von der National-
versammlung beschlossene Postgebührenverhöhung tritt jetzt auch für
den Fernsprecher in Kraft. Amlich wird bekanntgegeben: Zum
1. Oktober d. J. werden die Gebühren für die Fernspreckanschlüsse
unter Befall der bisherigen Reichsabgabe um 100 Prozent er-
höht. Die Teilnehmer haben das Recht, ihre Anschlüsse bis 15. Sep-
tember zum 1. Oktober zu kündigen.

Aus dem Gemeindeleben.

Kosenthal. Nachdem in vielen Vororten durch Zusammen-
wirken mit den Bürgerlichen die Reichstagsabgeordneten die kom-
munalen Arbeiterräte beseitigt haben, haben sie auch anlässlich
der am 11. 9. stattgefundenen Schöffenvwahl dem hiesigen Ar-
beiterrat die Entschädigungsgelder entzogen. Von den zu wäh-

lenden Schöffen entfielen auf die U. S. P. D. zwei (Wilhelm
Brenn) die Reichstagsabgeordneten zwei (Schwabedel und Eppel)
während die Bürgerlichen durch die besetzten Schöffen Häberl
und Hendewert im Gemeindefortland vertreten sind. Nach
beendetem Wahlaufstand erhob sich der bürgerliche Leiter des Kreis-
ausschusses im Auftrage der Reichstagsabgeordneten und verlas mit dem Ersuchen,
die Dringlichkeit anzuerkennen, einen Antrag, der die
Kündigung des Kreisstatuts verlangte mit dem weite-
ren Zweck, unsern Genossen Wilbrod, welcher als Gemeindefor-
tler fungiert zu beseitigen, anschließend einen weiteren An-
trag im Auftrage der Reichstagsabgeordneten, die Zahlung der Ent-
schädigung für die Arbeiterräte vom 18. 9. ab einzustellen. Unter
Genosse Koffert nahm das Wort und erklärte, über diesen
Verrat an der Arbeiterkraft werde demnächst die Masse ihr Ur-
teil sprechen. Unsere Genossen hielten es unter ihrer Würde, mit
solchen Verrätern an einem Tisch zu sitzen. Hiermit verließ
unser Genosse den Sitzungssaal. Die Schöffenvwahl dürfte
ungültig zu erklären sein, da die Bestimmungen des § 3 der Wahl-
ordnung des Kreisrats nicht erfüllt sind, welche besagen, daß
die doppelte Anzahl der Erfahrmänner unter den Wahlberechtigten zu
benennen sind. Unter den Wahlberechtigten der Reichsteil und Wirt-
schaften sind keine Erfahrmänner genannt, sondern nur die Anzahl
der zu wählenden Schöffen. Auch wenn die Listen verbun-
den sind, haben sie nur die einfache Zahl der Erfahrmänner und nicht,
wie vorgeschrieben, die doppelte. Selbstverständlich wird die
Tätigkeit des Arbeiterrats in der Verwaltung weiter ausüben,
da die Bekanntmachung der Zentralstelle der Arbeiterräte des
Kreisverbandes, auf die sich die Antragsteller stützen, nur
von einer Kontrolle der Gemeindeverwaltung spricht. Diese
Kontrolle wird aber durch recht zahlreichen Besuch der öffentlichen
Sitzungen von unseren Genossen jetzt sehr stark ausgedehnt wer-
den. Von der Verletzung, dem U. S. P. D. die Entschädigung zu ent-
ziehen, steht kein Wort in der angezogenen Bekanntmachung.

Bereinstander.

Sozialistische Studentenpartei. Diskussionsabend Mittwoch abends
8 Uhr. Thema: Die Auslandsfrage und ihre Bedeutung. Referent
Dr. Hamburger.

Deutscher Transportarbeiterverband. Montag abends 8 1/2 Uhr im
„Alexandiner“. Alexandrinerstr. 37. Bräutigamsvormahlung der
Herrn Bremer aus dem Buchhandel, den Buchdruckereien, Briefumhlag
und Luxuspapierindustrie-Betrieben.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Dielepp, Reichshof-
Verlagsanstalt „Arbeit“, e. G. m. b. H., Berlin. - Druck
in der Reichshof-Verlagsanstalt m. b. H. Schiffbauerdamm 18.

Nicht die bürgerliche Presse.

die „Freiheit“ ist die Zeitung, in der das
tägliche Volk, der Gastwirt und der Klein-
kaufmann inserieren müssen. Kleine
Anzeigen sind in den U. S. P.-Blättern
mindestens ebenso wirksam wie in den
kapitalistischen Organen.
Erwähnt die „Freiheit“ bei all. Einkäufen!

Großes Wohltätigkeits-Fest
zu Gunsten der Kinder der Kriegshilfsvereine,
verbunden mit
Großem Riesen-Feuerwerk
und Konzert in den drei Lokalen Strandebell,
Blumengarten, Bürgergarten, veranstaltet vom
Internationalen Bund der Kriegshilfsvereine und Winterhilfsvereine
(Ortsgruppe Ober- und Nieder-Schönweide).
Anfang 3 Uhr.
Um regen Zuspruch bittet Das Fest-Komitee.

Dr. med. Karl Reinhardt
Berlin, Potsdamer Straße 117 (a. d. Luisenstraße)
Haut- und Harnröhre
bewährte, lehrmäßige Behandlung,
Unentgeltliche Auskunft und anfrührende Gratis-
Brochüren (Beschreibung sämtlicher Heilver-
fahren) in den Sprachstunden von 11-2 mittags,
1/2-10 abends, Sonntags 11-1 Uhr im ver-
schlossenen Brief M. 128.

Hygiene der Ehe
Aerztlicher Führer für Braut- und Eheleute
von Frauenarzt Dr. med. Zickel, Charlottenburg.
Aus d. Inhalt: Ueber die Frauen-Organen. Körperliche
Erbauunglichkeit u. Untauglichkeit. Gebär- u. Stillfähigkeit.
Frauen, die nicht heiraten sollten etc. - Entlastungsbuch u.
Anschauungsbilder der Ehe. Ethische Pflichten. Keusch-
heit oder Polyzynie? Hindernisse der Liebe etc. - Krank-
heiten in der Ehe. Rückstände früherer Geschlechtskrank-
heiten. Vorbeugung und Ansteckungschutz. - Körperliche
Leiden der Ehefrau. Entstehung und Heilung der weiblichen
Gelenksleiden. Folgen der Kinderlosigkeit. Gefährden spätes
Heiraten für die Frau. - Neurosen und Ehe. Hysterische
Anfälle. Hygiene des Nervensystems bei Mann und Frau etc.
Verlag Dr. Schwelzer, Abt. 343, Berlin NW 37, Repkowitzplatz 5.

Färberei Jahn
färbt alle Sachen und alle
Farben in 2-5 Tagen
Dresdener Straße 85.

Verband der Maler,
Lackner, Anstreicher
Filiale B. 111a.
Nachruf.
Unsere Mitgedenke
zur Neuzeit, daß es
Kollegen
Paul Paskarheit
am 4. 9. 1919.
Rudolf Courds
am 4. 9. 1919.
Georg Jostes
am 4. 9. 1919.
Wilhelm Seibold
am 28. 8. 1919.
verstorben sind.

Wir geben allen Ver-
wandten und Bekannten
die traurige Nachricht,
daß unsere liebe Tochter
Pauline, meine liebe Braut
Gertrud Lange
geb. am 16. 1. 95 zu Cöpen-
hagen, am 11. September
1919, 3 Uhr, schwarz-
lich verstorben ist.
Dies zeigte sie be-
trübt an die trauernden Eltern
selbst Bruder Paul,
Pauline Basso,
Familie Puske,
sowie die Heilbrüderin
Schwägerin
Pauline Steinhilber.
Die Beerdigung findet
am Montag, d. 15. 9. Uhr
auf dem Johannis Kirch-
hof Pflanzengasse statt.

Pflanzenscheine, Wert-
Möbel, kauft und beleiht
Noack, Rastenerstr. 4 L,
Bahnhof Weißensee.

Kleine Anzeigen
Verkaufe

Möbel-Cohn, im Osten.
Große Frankfurterstraße 55
5 Minuten von Alexander-
platz, im Norden Badstraße
Nr. 47-48. Bietet auf Kredit
an jedermann bei kleinster
An- und Abzahlung ganze
Wohnzeugsammlungen und
einzelne Möbelstücke sowie
farbige Küchen-Einrichtungen
in bester Ausführung. Be-
sichtigung meiner Möbel ohne
jeden Kaufzwang gern ge-
stattet. Kriegsanleihe und
Sparbuchsbesitzer sehen gern
an Anzahlung. Große Rück-
sicht bei Krankheit und Arbeits-
losigkeit. Lieferung frei Haus.
Lieferer auch nach auswärts.

Möbel-Gran, Gneisen-
straße 10. Wohnzeugs-Einrich-
tungen sowie einzelne Möbel.
Polsterwaren, Kasse und Teil-
zahlung.

Möbel, kompl., Wohnungs-
einrichtungen sowie einzelne
Einrichtungsgüter jeder Art,
große Auswahl in guter Aus-
führung zu äußerst billigen
Preisen. S. Wieselberg, Frank-
furter Allee 67, Ecke Blumen-
straße 2.

Möbelkredit an jedermann.
Wohnzeugs-An- und Ab-
zahlung. Kriegsanleihe
erhalten. Robert Gustav
Görlich, Stralauer Platz 1-2,
Ecke Fruchtstraße, am Schlei-
schen Bahnhof.

Einrichtungen, Schlaf-
zimmer, hellere, hellbaum,
1920. Wohnzimmer, 1920. -
Küchen, Ankleideschänke,
Umkleisessel, Sofas, Zahngel-
eichteilung, Petersburger
Straße 41. Versand nach
auswärts.

Möbelkredit an jedermann.
Kleinste Anzahlung.
Bestimmte Abzahlung. größte
Rückzahlung. Einzelne Möbel-
stücke ohne Abzahlung ab.
Kriegsanleihe nehme in Zah-
lung. Bei Barzahlung be-
deutende Preisermäßigung.
Landwehr, Müllerstr. 7, 1 Tr.

Toppleh, Gardinen, billig.
Gelegenheitskaufhaus Schön-
horn, Ackerstraße 169-170 am
Rosenthaler Platz.

Bettdecken, see. Leinen.
verk. billig Zerning, Zorn-
forfer Straße 24.

Fahrradmäntel 45.00
extrastark 55.00. Latexschläuche
18.00. extrastark 22.00. Friedens-
wage 35.00. Schlauchreifen,
Drahtreifen, Wiederverkäufer
Ermäßigung. Schiawa, Weis-
meisterstraße 4.

Nähmaschinen, Rund-
schiff, Langschiff, gut erhalten,
billig. Kleiner, Erasmusstr. 1,
Moabit.

Handwagen, zwei- und
vierrädrige, alle Sorten. Karren,
Wagner, Köpenicker Str. 71
(Kreuz Laden).

Messing, Metalle
Kupfer! Silber! Metall-
abfälle! Platin! Silber!
Zahngelisse! kauft zu
Schnellverbraucher-Preisen
Metallschmelze Barack
FENN STRASSE 48
Tel. 1. Meabit 2284.

Platin! Silber! Münzen!
zu Schmelzpreisen kauft
Metallschmelze Cohn
Hrundenstr. 11 Hof und Neukölln,
Kaiser-Friedrich-Str. 229
(nahe Hermannplatz).
Hausnummern genau beachten!

Platinankauf
Silberabfälle, Zahngelisse,
Goldabfälle, Münzen kauft
Frau I. Inke, Blücherstr. 40.

Silber, Gold, Münzen.
kauft Gewürz, Admiralstr. 33
Kottbuser Tor, Tel. Moritz-
platz 11908.

Platinabfälle! Zahngelisse!
Goldabfälle, Silberabfälle,
Silberabfälle, Zahngelisse,
Goldabfälle, Münzen kauft
Frau I. Inke, Blücherstr. 40.

Kupfer, Metalle
sämtlich, Metallabfälle, Queck-
silber, Gold, Silber, Platin kauft
Metallschmelze Schulzen-
Görner Straße 2.
Görner-Str. 2. 11. Meabit 2284.
Kupfer, Silber, Platin, Zahngelisse,
Goldabfälle, Silberabfälle, Münzen
kauft Christian, Reichen-
berger Str. 22 (Kottbuser Tor).

Quacksilber kauft
Weißmann, Lisenstr. 20
an gros.

Platin, Gramm 25 M.
Zahngelisse Zahnl. 100 M., Gold-
abfälle, Silber, reines Zinn
kauft Leihauer, Wittenberg-
platz 3 Untergundbahn

Quacksilber, Kilo 22 M.
kauft Leihauer, Wittenberg-
platz 3 Untergundbahn

Isolierten Kupferdraht,
Litzen und Wachsdraht,
kauft höchstzahlend
Ingeliebureau Schlich Ing.
Berlin W 9, Linkstraße 10.
Tel.: Litow 3705 und 2515

Spiralbohrer, Schre-
bmaschinen kauft Zimmer,
Witstoecker Straße 19.

Boschkerzen, Bosch-
magnete, Vergaser kauft. Zu
erfragen Meyer, Filiale Zehn-
schilde Straße 12a, 4-7.

Rechts-Ankäufer
Invalidenstr. 134.
sachsen, Emsachen, Altmark,
Kostensachen, Buchbesitzer
Frm. Tel. 1220.

Rechtsbüro.
reichhalt. Ermittlungen,
Beobachtungen.
Straße 49 Ecke Mühlent.

Defektiv Dinge
ermittelt alles, erweist alle
Auskunft, Hervorbringen
Erfolge.
Friedrichstraße 4,
Fam. Alexander,
Zweibureau Hamburg,
Wangelstraße 24,
Kleiner Part. 10.

Beliebt von
sachsen, Möbel usw. P. 10.
Dümenstraße 36, 1. Stock,
eigener Firma.

Erfinder, Patentanwalt
Leinhaus, Friedrichs-
platz (Belleis) 10-11.
werde Angebote von Patent-
streitigkeiten, Marken-
wesen, Herengüter, Marken-
wesen, Belebung und Marken-
wesen.

Beleuchtung, modern
Elektrisch, Gas, Gas-
erleuchtung, Fele,
Potsdamerstr. 26 L, Hoch-
hausstr.

Rechts-Ankäufer
Invalidenstr. 134.
sachsen, Emsachen, Altmark,
Kostensachen, Buchbesitzer
Frm. Tel. 1220.

Rechtsbüro.
reichhalt. Ermittlungen,
Beobachtungen.
Straße 49 Ecke Mühlent.

Defektiv Dinge
ermittelt alles, erweist alle
Auskunft, Hervorbringen
Erfolge.
Friedrichstraße 4,
Fam. Alexander,
Zweibureau Hamburg,
Wangelstraße 24,
Kleiner Part. 10.

Beliebt von
sachsen, Möbel usw. P. 10.
Dümenstraße 36, 1. Stock,
eigener Firma.

Erfinder, Patentanwalt
Leinhaus, Friedrichs-
platz (Belleis) 10-11.
werde Angebote von Patent-
streitigkeiten, Marken-
wesen, Herengüter, Marken-
wesen, Belebung und Marken-
wesen.

Beleuchtung, modern
Elektrisch, Gas, Gas-
erleuchtung, Fele,
Potsdamerstr. 26 L, Hoch-
hausstr.

Verschiedenes

Wilmersdorf.
Jeden Sonnabend abend
8 Uhr findet im Lokal des
Genossen Urban, Berliner
Straße 48-49, eine
Diskuter-Abend
statt. Erscheinung aller Ge-
nosseinnen und Genossen er-
wünscht.

Achtung! Neu eröffnet!
Das bel. ethe. französische Lokal,
Mariendorfer, Chamissostr. 3/5,
im neu renovierten Saal jeden
sonntag ab. Ball im Garten
grobes Freizeitsport. Um regen
Zuspruch bittet der Inhaber
R. Kaver.

Haut- und Harnröhre

Dr. med. Hrabok,
Brosch, am Markt am
Sor. 10-11 u. 2-3, Sonntag 11-1
Erläuterliche Behandlung.

Kostenlose Kataloge
allergütige, Preisführer,
Einschickung, Alimenter,
Satzsachen, Beobachtungen,
Erfolge. Dresden,
Straße 111. Anfang 2. Auch
Sonntags Vormittags.

„Wahrheit“. Rechts-
detektor Direktor Ma das,
Kottbuser Damm 65. Adalbert-
straße 3. Neanderstr. 7. Große
Frankfurter Straße 89. Emschen-
dungen, Straßensachen, Prozes-
sachen, Gerichtsverfahren,
allergütige, Erfolge! Ge-
nosseinnen erla. real. Half-
kostenlos-gesache. Straf-
löschungen, Strafrecht-
dingen durch bekann. an Ver-
dingen! Detektivtraffer!
Viele Amerikaner! Auch
auswärts!

Kostenlose
Rechtsberatung. Von erfahre-
nem Richter, außerdem ein-
geleitetes Büro für Prozess-
führung u. Rechtsbeistand jeder
Art. Lehringer Str. 47 (Rosen-
thaler Tor).

Damenbühne, werden
von in der Friedrichs-
Frankfurter Str. 43 (Schleier-
aus neuere ange-
Kleiner, Emschenstr. 1, Hoch-
hausstr.

Geldlöhne
sachsen, Pflanzengasse 10,
anos. Nämlich, Kottbuser
Kleiner, Emschenstr. 1, Hoch-
hausstr.

Unterricht

Richtig deutsch
sprechen, schreiben, lesen
wird (auch abends) sehr
erfolgreich (täglicher Unter-
richt). Anfr. nach Post-
karte 187, Briefpostamt

Tiermarkt

Arbeitsmarkt

Botenfrauen
für Sösende

Arbeitsmarkt

Inserate